

**Öffentliches Hearing der SPD Fraktion
im Bayerischen Landtag
am 16.05.2006**

„Herabsetzung des Wahlalters?“

Kurzfassung des Standpunkts

Meiner Meinung nach trifft diese Frage nicht wirklich den Kern des Problems, denn junge Menschen können immer weniger mit der offiziellen Politik anfangen. Politik und das Leben von Jugendlichen fallen immer mehr auseinander. Daher haben wir es eher mit einem grundsätzlichen und tiefergreifenden Partizipationsdefizit zu tun. Die Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwählerinnen und -wähler ist besonders auf kommunaler Ebene ohnehin sehr bescheiden. Die junge Generation fühlt sich von den Politikerinnen und Politikern nicht ernstgenommen und zeigt sich äußerst unzufrieden. Gleichzeitig belegen jedoch zahlreiche Jugendstudien, dass gerade bei Jugendlichen die Bereitschaft, sich in der Gesellschaft zu engagieren, im Vergleich zu anderen Generationen weitaus höher ist. Es kann also nicht der generelle Schluss gezogen werden, dass sich junge Menschen überhaupt nicht für gesellschaftspolitische Fragen in ihrem Umfeld interessieren. Im Gegenteil, allerdings wünschen sie sich **direkte Mitsprache- und Partizipationsmöglichkeiten in offenen, möglichst nicht-formalen Zusammenhängen und lokalen Strukturen**. Jugendliches Engagement muss daher eher projektgebunden unterstützt werden, gerade um sie auf diese Weise auf eine mündige Staatsbürgerschaft vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund erscheint mir die Herabsenkung des Wahlalters bei den Kommunalwahlen, also wie gefordert ein aktives Wahlrecht ab 14, als losgelöste Einzelinitiative nicht der geeignete Ansatzpunkt zur Verbesserung einer nachhaltigen Beteiligungskultur für junge Menschen zu sein. Wenn überhaupt dieses Instrument in Betracht gezogen wird, macht es nur Sinn, wenn ein entsprechendes **Gesamtpaket** geschnürt wird, welches die **entsprechenden edukativen und partizipatorischen Rahmenbedingungen** einbezieht und grundsätzlich verändert. Hierzu gehören in erster Linie eine gleichermaßen *frühe, gezielte* und *umfassende* Vorbereitung in *allen* schulischen Zusammenhängen sowie für Jugendliche interessante, klar erkennbare und verbindliche Beteiligungsstrukturen einschließlich einer kompetenten pädagogischen Unterstützung. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die bloße Herabsenkung des Wahlalters – eine Maßnahme, die Jugendliche ohnehin nur selten selbst einfordern – im besseren Fall nur eine Alibifunktion erfüllt oder im schlechteren Fall von extremen politischen Kräften als willkommene Einfallstür ausgenutzt werden kann.